

# NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 01.06.2007, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

## Anwesenheit:

**SPD:** Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

**CDU:** Ackermann Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

**GRÜNE:** Dr. Baumann, Dorn, Göttling, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

**Marburger Linke:** Gottschaldt, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Metz, Schäfer

**FDP:** Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

**MBL:** Ludwig, Dr. Uchtmann

## Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel  
Bürgermeister Dr. Kahle  
Stadträtin Dr. Weinbach

## Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann  
Stadtrat Biver  
Stadtrat Hertlein  
Stadträtin Laßmann  
Stadträtin Müller-Wickenhöfer  
Stadtrat Rehlich  
Stadtrat Reinhard  
Stadträtin Schulze-Stampe  
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek  
Stadtrat Sprywald  
Stadtrat Stötzel

## **Es fehlten entschuldigt:**

Stadtverordnete Dr. Rausch (SPD), Adsan (Marburger Linke)

**Schriftführer:** Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:08 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt besonders die neuen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Prof. Dr. Fülberth-Sperling und Frau Halise Adsan (heute nicht anwesend).

Die Stadtverordneten sind nachgerückt für die ausgeschiedenen Mitglieder des Hauses Frau Alexandra Darabos und Herrn Henning Köster-Sollwedel.

Weiterhin gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder zur Hochzeit (CDU) und überreicht im Namen des gesamten Hauses einen Blumenstrauß.

---

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. April 2007 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Die Fraktion Marburger Linke hat einen dringlichen Antrag betr. Nachtragshaushalt vorgelegt. Die Vorlage wird begründet durch den Stadtverordneten Metz (Marburger Linke). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen). In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken, der MBL und der FDP die Dringlichkeit. Damit ist das von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Quorum von 40 Stimmen (2/3 des Hauses) jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Zur weiteren Abhandlung der Tagesordnung gibt der Stadtverordnetenvorsteher die von den Ausschüssen empfohlenen Veränderungen der Tagesordnung und die Aussprachen bekannt. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

---

zu 4 **Fragestunde**

---

zu 4.1 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 5/2007)  
Vorlage: VO/1419/2007**

**An der Ecke "Am Kaufmarkt/Am Schwarzenborn" ist seit einiger Zeit ein "Kleiner Markthof" entstanden. Auf welcher Genehmigungsgrundlage?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Obst- und Gemüsehandel wurde gewerberechtlich angezeigt. Eine gesonderte gewerbe- bzw. baurechtliche Erlaubnis ist in einem Gewerbegebiet nicht erforderlich.

---

zu 4.2 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 5/2007)  
Vorlage: VO/1420/2007**

**Die Spargel- und Erdbeerstände im Stadtgebiet werden jährlich zahlreicher. Auf welcher Genehmigungsgrundlage operieren diese und wie findet die Kontrolle statt, denn sicherlich müssen beim Verkauf von verderblichen Lebensmitteln genaue Hygienevorschriften eingehalten werden?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Auf öffentlicher Fläche haben im gesamten Stadtgebiet lediglich zwei Stände für den Verkauf von Obst und Gemüse eine Sondernutzungserlaubnis. Auf privaten Grundstücken sind solche Verkaufsstände für Inhaber/-innen von Reisegewerbekarten weder anzeigepflichtig, noch erlaubnispflichtig, so dass wir auf die Anzahl der Stände keinen Einfluss haben. Für die Kontrolle der Ware und der Hygienevorschriften ist der Landkreis, Fachbereich Veterinärwesen und Verbraucherschutz, zuständig.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 3 5/2007)  
Vorlage: VO/1430/2007**

**Trifft es zu, dass den Schulleitern in Marburg untersagt wurde, die Otto-Ubbelohde-Schule zu beschicken mit der Begründung, nach Auslaufen des Modellversuchs sei eine 6-jährige Grundschule illegal?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Es ist zutreffend, dass die Otto-Ubbelohde-Schule als 6-jährige Grundschule keine aufnehmende Schule in der Jahrgangsstufe 5 ist. Dies hat das Staatliche Schulamt den Schulleitungen der Marburger Grundschulen im November 2006 mit entsprechenden Erläuterungen mitgeteilt. Auch wenn eine 6-jährige Grundschule nicht explizit im Hessischen Schulgesetz vorgesehen ist, handelt es sich nicht um einen illegalen Status. Das Hessische Kultusministerium hat uns zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.01.2007 mitgeteilt, dass die Schule nach wie vor den Status einer Versuchsschule hat. Zitat: "Dadurch wird gewährleistet, dass das Schulkonzept in einem rechtlich gesicherten Rahmen realisiert werden kann". Nach der Konzeption der Otto-Ubbelohde-Schule darf sie über den eigenen Schulbezirk hinaus in der Jahrgangsstufe 1 auf Antrag der Eltern Schülerinnen und Schüler aufnehmen, wenn ausdrücklich das Schulkonzept der 6-jährigen Grundschule gewünscht wird. Die Aufnahme von quer einsteigenden Schülerinnen und Schülern in der Jahrgangsstufe 5 wird vom Staatlichen Schulamt nur in besonderen Ausnahmefällen zugelassen. Dies entspricht auch dem Konzept des 6-jährigen gemeinsamen Lernens der Schule.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch die Dezernentin beantwortet.

---

**zu 4.4      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 4    5/2007)  
Vorlage: VO/1421/2007**

**Kann der Magistrat Auskunft geben, bis wann in etwa der frisch erneuerte Trimm-Dich-Pfad von umgestürzten Bäumen geräumt sein wird?**

Da die Fragestellerin zur Zeit noch nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Nach Auskunft des Forstamts Kirchhain werden in ca. 4 Wochen die Aufräumarbeiten im Bereich des Trimm-Dich-Pfades beendet sein.

Anschließend können die beschädigten Geräte von dem Fachbereich Stadtgrün, Umwelt und Natur repariert werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle.

---

**zu 4.5      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 5    5/2007)  
Vorlage: VO/1393/2007**

**Kann der Magistrat Auskunft geben, ob es möglich ist, auf der städtischen Homepage unter Kultur/Sport auf den Trimm-Dich-Pfad hinzuweisen (mit Wegbeschreibung)?**

Da die Fragestellerin zur Zeit noch nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Für die Unterhaltung des Trimm-Dich-Pfades am Hansenhaus zeichnet der

Fachdienst 67 zuständig.

Von dort haben wir die Auskunft erhalten, dass seit dem 01. Mai 2006 die Informationen zum Trimm-Dich-Pfad am Hansenhaus auf der Internetseite der Stadt Marburg abgelegt sind. Unter dem Suchbegriff „Trimm-Dich-Pfad“ (oder wahlweise auch Fitness, Sport, Gesundheit, Wald, Freizeit).

Weiterhin sind die Informationen auch im Stadtplan hinterlegt unter der Kategorie „Freizeit“ und dem Suchbegriff „Trimm-Dich-Pfad“. Von dort aus gelangt man ebenso zur entsprechenden Internetseite.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

---

**zu 4.6**      **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 6 5/2007)**  
**Vorlage: VO/1394/2007**

**Wie viele Menschen nutzen den Oberstadtaufzug und die Aufzüge am Parkhaus am Pilgrimstein nach Einschätzung des Magistrats an einem durchschnittlichen Werktag?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eine exakte Ermittlung der Benutzungszahlen der oben genannten Aufzüge ist nicht möglich, da die Kabinen nicht über eine automatische Zählleinrichtung verfügen. Anhand der langjährigen Erfahrungen mit den Aufzugsanlagen können aufgrund der durchschnittlichen täglichen Fahrten die Nutzerzahlen lediglich geschätzt werden.

Die Frequentierung der Aufzüge ist abhängig von Tages- und Jahreszeit, von besonderen Veranstaltungen in der Stadt sowie der Verfügbarkeit aufgrund von betriebsbedingten Standzeiten (Reparatur / Wartung ).

Die Parkraumverwaltung geht von einer durchschnittlichen werktäglichen Nutzung von ca. 8.500 Personenfahrten aus.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.7**      **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 7 5/2007)**  
**Vorlage: VO/1395/2007**

**Welche Breite und Tiefe haben die Aufzugskabinen am Parkhaus am Pilgrimstein und am Oberstadtaufzug?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Aufzugskabinen haben die folgenden Abmessungen: Tiefe    x Breite:

Außenaufzug Parkhaus:	2,30 m x 1,10 m
Innenaufzug Parkhaus	1,45 m x 1,10 m
Hydraulik-Aufzüge Parkhaus	2,10 m x 1,10 m
Oberstadtaufzug groß	2,25 m x 1,10 m

Oberstadtaufzug klein

1,60 m x 1,10 m

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 8 5/2007)  
Vorlage: VO/1396/2007**

**Kann der Magistrat darüber berichten, welches Produkt des RMV die heutige Schulzeitkarte und die Schülerjahreskarten XL und XXL ablösen wird und welche Leistungen diese neue Karte den Nutzern ermöglicht?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Aufsichtsrat des Rhein-Main-Verkehrsverbundes hat die Einführung eines einheitlichen Schülerjahreskartenangebotes, mit dem Namen CleverCard, zum 01.08.2007 beschlossen. Das neue Fahrkartenprodukt löst die bisherigen Schulzeitkarten für freifahrtberechtigte Schülerinnen und Schüler und die Schülerjahreskarten XL und XXL ab.

Die Fahrkarte gilt während der Schulzeit auf den eingetragenen Tarifgebieten zwischen Wohn- und Schulort und während der hessischen Schulferien auf allen Nahverkehrsangeboten im gesamten Rhein-Main-Verkehrsverbund.

---

**zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 9 5/2007)  
Vorlage: VO/1397/2007**

**Welche finanziellen Auswirkungen wird die Abschaffung der Schulzeitkarte für die Stadt Marburg und die jeweiligen Nutzer haben?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

**a) Auswirkungen für die Stadt Marburg**

Die Stadt Marburg hat derzeit im Rahmen der Finanzierung der Schülerbeförderung gem. § 161 Hessisches Schulgesetz so genannte Schulzeitkarten bei den Stadtwerken erworben. Diese Schulzeitkarten kosten derzeit in der Preisstufe I 219,20 € und in der Preisstufe II 347,40 €. Demgegenüber wird das neue Produkt des RMV, die sog. CleverCard ab dem 01. August 2007 in der Preisstufe I 231,20 € und in der Preisstufe II 366,40 € kosten.

Berücksichtigt man, dass ca. 2.200 Fahrkarten gekauft werden, ergibt sich somit eine Mehrbelastung für den städtischen Haushalt in Höhe von ca. 34.000,00 € jährlich. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass der Kauf der CleverCard noch immer deutlich günstiger ist, als die Finanzierung von Wochen- und Monatskarten während der Schulzeit.

**b) Auswirkungen für die Nutzer**

Schülerinnen und Schüler, die in der Vergangenheit ihre Fahrkarte selbst gekauft

haben, konnten zwischen der Schülerjahreskarte XL und XXL wählen (die reine Schulzeitkarte war im freien Handel nicht zu erwerben). Die Schülerjahreskarte XL kostet derzeit in der Preisstufe I 238,45 € und in der Preisstufe II 378,10 €, die der CleverCard vergleichbare Schülerjahreskarte XXL kostet derzeit in der Preisstufe I 251,00 € und in der Preisstufe II 398,00 €

Somit ergeben sich hier im Schnitt für die Nutzer eine Ersparnis in Höhe von 25,70 € pro Jahr.

---

**zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 10 5/2007)**

**Vorlage: VO/1398/2007**

**Welche Information hat der Magistrat über die Lebenserwartung in Marburg**

- 1. für die Gesamtstadt,**
- 2. aufgeschlüsselt nach Stadtteilen**
- 3. im Vergleich zum Bundesdurchschnitt,**

**und was wird der Magistrat unternehmen, um solche Daten zu erhalten, falls er sie zur Zeit nicht besitzt?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Informationen zur Lebenserwartung liegen nur auf Bundes- und Landesebene vor. Sowohl das Statistische Bundesamt als auch das Hessische Statistische Landesamt haben auf Anfrage mitgeteilt, dass die Berechnung der Lebenserwartung unterhalb der Länderebene aus statistisch-methodischen Gründen nicht sinnvoll ist. Hinzu kämen nicht zu vertretende Kosten. Angaben zur Lebenserwartung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sowie im Bundesland Hessen können im Internet beim Statistischen Bundesamt und Hessischen Statistischen Landesamt eingesehen werden, zusammengefasste Auszüge im Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung der Universitätsstadt Marburg.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 11 5/2007)**

**Vorlage: VO/1399/2007**

**Welche Möglichkeiten zur Umsetzung sieht der Magistrat, damit die Rettungszufahrten an den Häusern in der Berliner Straße, insbesondere zu den Hauseingängen 11 - 15, gemäß den Richtlinien (10 Minuten für Notarzt bzw. Feuerwehr) gewährleistet ist?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Gemäß § 5 Abs. 1 der Hess. Bauordnung vom 18. Juni 2002 sind Zufahrten oder Durchfahrten für die Feuerwehr nur bei Gebäuden herzustellen, die ganz oder mit Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind. Der Abstand zwischen der Berliner Straße und den betreffenden Gebäuden ist < 50

m. Für Gebäude, die in einem geringeren Abstand zur öffentlichen Verkehrsfläche liegen, sind Zu- oder Durchgänge ausreichend. Im Fall der Berliner Straße 11 - 15 sind an beiden Seiten des Gebäudes (Berliner Straße 11 und Berliner Straße 15) entsprechende Zugänge vorhanden, die von der Berliner Straße aus zu den jeweiligen Haupteingängen der Gebäude führen.

Im Dezember 2004 wurden zusammen mit dem Fachdienst Brandschutz im Hinblick auf die Sicherstellung der erforderlichen zweiten Rettungswege entsprechende Anleiterproben durchgeführt. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die erforderlichen zweiten Rettungswege für die Nutzungseinheiten in den Gebäuden der Berliner Straße 11 - 15 sichergestellt sind.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Lotz-Halilovic (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.12    Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 12 5/2007)  
Vorlage: VO/1400/2007**

**Ist dem Magistrat bekannt, dass die Baukolonne der Stadterneuerung am Richtsberg, die ihr Büro, bestehend aus nur 1 kleiner Raum, im Keller des Gebäudes Sudetenstr. 26b (Café am Richtsberg) hat, seit einiger Zeit keinen Sozialraum für die Mitarbeiter mehr hat? Welche Möglichkeit sieht der Magistrat, diesen Zustand schnellstmöglich zu ändern?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Beschäftigungsprojekt der Stadterneuerung Richtsberg, das der „Stadterneuerung Marburg-Richtsberg“ zugeordnet ist, verfügt über einen Raum, der als Sozial- und Frühstücksraum genutzt wird.

Es besteht jedoch Bedarf an einer zusätzlichen Räumlichkeit aufgrund der Personalstärke des Beschäftigungsprojektes mit 2 Vorarbeitern und bis zu 9 Arbeitsgelegenheiten. Diese zusätzliche Räumlichkeit ist vorhanden im Gebäude Sudetenstr. 26b und grenzt direkt an den genutzten Raum an. Der angesprochene Raum wird von „Arbeit und Bildung“ nicht genutzt und steht seit Monaten leer.

---

**zu 4.13    Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 13 5/2007)  
Vorlage: VO/1422/2007**

**Wie sieht die wirtschaftliche Bilanz bezüglich der Umrüstung städtischer Fahrzeuge bzw. der Busse der Stadtwerke auf Gasbetrieb aus? (Kosten der Umrüstung, eventuelle Folgekosten, Verbrauchskosten)**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

1. Wir haben in der Regel nicht umgerüstet, sondern neu beschafft. Bei Bussen - je nach Größe - mit einem Mehraufwand von 40 - 60 TEUR. Bei PKW sind die Preisunterschiede zwischenzeitlich aufgrund der Herstellerangebote



vielfach bereits nivelliert, auf jeden Fall deutlich geringer

2. Die Folgekosten für den Einsatz von Gasfahrzeugen liegen leicht über denen mit Diesel- oder Ottomotoren. Sowohl der Wartungsaufwand wie auch die Material- und Ersatzteilbeschaffung liegen ca. 12 % höher.
3. Bei den Verbrauchskosten ergibt sich je nach Motorenart allerdings eine Einsparung von etwa 30 - 40 %. Die spezifischen Verbrauchskosten für die Omnibusse sind etwas komplizierter darzustellen und liegen nicht ganz so günstig. Eine exakte Verbrauchskostenberechnung kann mit etwas Aufwand von uns hergestellt werden und kann auf Wunsch gerne von uns nachgeliefert werden.  
Die beigefügte Vergleichsrechnung (Anlage) für zwei ausgewählte Omnibusse zeigt jedoch immer noch einen deutlichen Kostenvorteil zugunsten des Erdgasantriebs. Der höhere Verbrauch hängt vom Fahrzeugtyp und Einsatzgebiet ab, d.h. ein Zweiachser liegt zwischen 45 - 55 % und ein Gelenkwagen zwischen 55 - 65 %. Je mehr Höhenlagen (Wehrda, Richtsberg etc.) er fährt, desto höher liegt der Wert natürlich.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**Um 17:35 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.**

---

zu 4.14

**Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 14 5/2007)  
Vorlage: VO/1406/2007**

**In der örtlichen Presse werden regelmäßig bei den standesamtlichen Nachrichten die neugeborenen kleinen Menschen unserer Stadt annonciert. Warum steht bei dieser Bekanntgabe nicht die Mutter sondern bei Paaren der Vater an erster Stelle, wo doch Erstere nach Kräften maßgeblich an der Geburt des Kindes beteiligt ist, bzw. können die Eltern entscheiden, wer zuerst genannt wird?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die als so genannte standesamtliche Veröffentlichungen bekannten Nachrichten in der OP und der MNZ basieren in Bezug auf Geburten und Eheschließungen auf Mitteilungen des Standesamtes mit Zustimmung der Eltern (bzw. Verlobten). Die Liste wird 14-tägig „auf Knopfdruck“ automatisch aus den vorhandenen Datensätzen generiert und per Fax an die beiden Zeitungsredaktionen übermittelt. In der Tat steht hier der Vater an erster Stelle, doch bindet dies die Zeitungen in keiner Weise in der Art ihrer Veröffentlichung, da es sich gerade **nicht** um amtliche Bekanntmachungen handelt.

Ob die Eltern bei den betreffenden Zeitungen die Reihenfolge ihrer Nennung beeinflussen können, entzieht sich unserer Kenntnis. Es spricht jedenfalls aus Sicht des Standesamtes selbstverständlich nichts dagegen.

Die Erstellung der Liste ist hingegen fester Programmbestandteil. Von Anwenderseite kann nur die Ausgabe eines „Falles“ (Geburt, Eheschließung)

komplett unterdrückt werden (für den Fall, dass die Zustimmung zur Veröffentlichung nicht vorliegt). Es ist nicht beabsichtigt, für die bloße Übermittlung der Information an die Zeitungen auf die Programmgestaltung beim Anbieter und Rechteinhaber Einfluss zu nehmen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 15 5/2007)  
Vorlage: VO/1426/2007**

**Auf eine entsprechende Anregung der Schule für Praktisch Bildbare hatte der Magistrat offenbar zugesagt, den Bereich Ecke Rollwiesenweg/Ebsdorfer Weg durch Ummarkierungen und Straßenänderungen als Gefahrenpunkt zu entschärfen. Welche Maßnahmen sind geplant?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für den Knotenpunkt Rollwiesenweg/Alter Ebsdorfer Weg hat der Fachdienst Tiefbau eine Planung für eine Überquerhilfe erstellt. Die geplante Überquerhilfe verbessert die Sicht auf den herannahenden Verkehr und verkürzt die zu überquerende Fahrbahnbreite. Diese Planung wird noch in der Verkehrs AG erläutert und könnte dann umgesetzt werden.

---

**zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 16 5/2007)  
Vorlage: VO/1401/2007**

**Was wissen Magistrat und Kreisausschuss über den Verbleib und das Befinden der Familie Kpakou, besonders des Christopher Kpakou und welche Möglichkeiten sehen beide Gremien, der Familie bei Aufbau einer stabilen Existenz in Afrika zu helfen.**

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Ausländerbehörde der Stadt Marburg hat zu der Familie Kpakou keine Informationen, da diese im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Marburg-Biedenkopf in Cölbe lebt bzw. lebte.

---

**zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 17 5/2007)  
Vorlage: VO/1402/2007**

**Wie viele Familien und insbesondere Kinder im Landkreis müssen aktuell mit ihrer Abschiebung rechnen oder dürfen wegen der neuen Bleiberechtsregelung zu vorläufiger Ruhe kommen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Stadt Marburg sind derzeit noch zwei Familien (6 Personen und 5 Personen) betroffen, die Anträge nach der Bleiberechtsregelung gestellt haben und gegenwärtig bis 30.09.2007 geduldet werden. Sobald ausreichende Existenzmittel nachgewiesen und bei der 6-köpfigen Familie zusätzlich noch Nationalpässe vorgelegt werden, kann die Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung erteilt werden.

Mithin braucht aus Marburg keine Familie mit Kindern mit ihrer Rückführung rechnen.

Zudem soll voraussichtlich zum 15. Juli 2007 der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union in Kraft treten, der in den Paragraphen 104 a und 104 b eine gesetzliche Altfallregelung vorsieht.

Die entsprechende Regelung bzw. Verfahrensweise beim Landkreis Marburg-Biedenkopf wird vom Oberbürgermeister ebenfalls erläutert.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.18    Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 18 5/2007)  
Vorlage: VO/1413/2007**

**Andere deutsche Städte verabschieden sich von der Nutzung von lizenzierten Microsoft-Programmen und wollen damit mehrere hunderttausend Euro Lizenzkosten pro Jahr einsparen, indem z.B. auf Linux gewechselt wird.**

**Wie weit ist man in Marburg mit solchen Überlegungen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadtverwaltung Marburg hat aufgrund von IT-Sicherheitsaspekten und Einsparungen im Lizenzkostenbereich bereits seit einigen Jahren mehrere Linux-Server im Einsatz.

Auch sind mehrere Linux-Webserver in Betrieb. Dabei handelt es sich um das Ratsinformationssystem ALLRIS-NET, ein Webserver der Stadtbücherei und der Webserver der Stadtverwaltung. Das Intranet der Stadtverwaltung basiert ebenfalls auf einem Linux-System.

Bereits seit 2006 werden von uns keine Betriebssystemkosten mehr gezahlt, diese Kosten werden erst wieder bei einem Betriebssystemwechsel (angedacht im Jahr 2011) fällig. Lediglich die Kosten für die eingesetzten Office-Pakete werden von uns weiterhin benötigt.

Die Umstellung aller Arbeitsstationen würde zunächst nicht unerhebliches Einsparpotential im Lizenzkostenbereich bringen, aber einem Umstieg stünden ein sehr großen Arbeits-, Programmier- und Kostenaufwand an anderen Stellen gegenüber.

Es müssten weit über 100 Anwendungsprogramme, die auf Microsoft-Office Produkte zurückgreifen, wie z.B. Fachanwendungen im Standesamt, in der Friedhofsverwaltung, im Einwohnerwesen, im Bereich der VHS, im Bereich der Bücherei, bei unserem Bürokommunikationssystem CC DMS, bei ALLRIS, bei den Programmen für die Ordnungswidrigkeiten, bei unserem Programm LOGA für unser Personalwesen etc. auf andere Office-Produkte umgestellt oder entsprechende Schnittstellen (welche aus unserer Sicht nicht bezahlbar und pflegbar erscheinen) programmiert und implementiert werden.

**Die Kosten die dabei entstehen, bedürfen einer gründlichen Überprüfung und können nur durch ein externes Gutachten ermittelt werden.**

Es ist hierbei sowohl der technische Aufwand für die Umsetzung des Wechsels der Betriebssystemsoftware (erst ab 2011) zu betrachten, als auch in erheblichem Umfang die Schulung der Administratoren und Techniker und die Schulung und Einweisung der städtischen Mitarbeiter auf die neue Softwareumgebung. Nicht ohne Grund werden die beiden unten genannten Projekte mit IT-Konzernen (z.B. IBM) in kostenpflichtigen Projekten durchgeführt.

Auf Grund der Tatsache, dass viele Softwarehersteller einen Umstieg auf LINUX noch nicht einmal angedacht haben, ist ein Wechsel für unsere Verwaltung kurzfristig nicht möglich.

Doch auch hier ist ein Umdenken in der Branche bereits spürbar vorhanden. Es wird aber noch geraume Zeit dauern, bis Programme unter Betriebssystemen beider Anwender angeboten werden. Sicherlich wird sich auch die Preisgestaltung der Firma Microsoft im Lizenzbereich den Veränderungen auf dem Markt anpassen.

Die Vorhaben in Schwäbisch-Hall und München befinden sich im Aufbau eines sicher über Jahre dauernden Prozesses. Die Aktivitäten beider Städte werden von uns sehr genau im Auge behalten. Sollten wir die Möglichkeit sehen, Kosten einzusparen, werden wir, genau wie bei unserem bisherigen Umstieg auf LINUX, diese umgehend umsetzen.

---

**zu 4.19    Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 19    5/2007)  
Vorlage: VO/1407/2007**

**Die Schaukastengalerie am Rudolphsplatz bietet eine interessante Präsentationsmöglichkeit für Einzelkünstler und Kulturinstitutionen Marburgs. Die Kästen sind momentan in einem ungepflegten Zustand, was sie abwertet und der Präsentation schadet. Wer ist für die Pflege dieser Galerie zuständig?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die so genannte Galerie 7+1 (acht Schaukästen) am Rudolphsplatz wurde vor einigen Jahren durch den Fachdienst Kultur initiiert. Die Bestückung und Säuberung ist so geregelt, dass Einzelkünstler oder Institutionen, die die Galeriekästen inhaltlich neu bestücken, diese vorher innen und außen säubern. Eine Präsentationszeit beläuft sich durchschnittlich auf vier bis sechs Wochen.

Während der jeweiligen Präsentationszeit wurde dem DBM die Aufgabe erteilt, den Bereich des Pflasters vor den Kästen, Deckenbereich über den Kästen und Ablage auf den Kästen im Zuge der normalen (wöchentlichen) Reinigung mitzusäubern. Der Fachdienst Kultur bzw. die wechselnden Aussteller kümmern sich nur um die Reinigung direkt vor der Neubestückung. Darüber hinaus wird der Fachdienst Kultur nochmals gezielt Kontakt mit dem DBM aufnehmen, um den Turnus der Reinigung exakt zu besprechen.

Ab Spätsommer 2007 wird die Marburger Kunstwerkstatt die Galerie 7+1 für längere Zeit zu Präsentationszwecken übernehmen. Mit ihr werden dann weitere konkrete Vereinbarungen über die Reinhaltung getroffen.

**Um 17:48 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.**

---

zu 4.20 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 20 5/2007)**  
Vorlage: VO/1427/2007

**Wer vertritt die Stadt Marburg in der Gesellschafterversammlung der Marburger Service GmbH?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Marburger Service GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und damit eine mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Universitätsstadt Marburg. Eine unmittelbare Vertretung der Universitätsstadt Marburg in der Gesellschafterversammlung der Marburger Service GmbH ist daher nicht möglich; diese Funktion wird vielmehr von der Geschäftsführung der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH als deren rechtmäßiger Vertretung der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung der Marburger Service GmbH wahrgenommen.

---

zu 4.21 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 21 5/2007)**  
Vorlage: VO/1403/2007

**Wie kann Oberbürgermeister Vaupel es mit der Würde seines Amtes als Repräsentant der Universitätsstadt Marburg vereinbaren, dass er in einem veröffentlichten Brief die Marburger Vertreterin des „Netzwerk gegen Ausbeutung in der Prostitution“, deren Äußerungen in der Veranstaltung am 28.04.'07 er nur über Dritte kennt, falsch wiedergibt, unsachliche Deutungen hinzufügt und der Vertreterin damit kampagnenhaftes Vorgehen gegen ihn als Oberbürgermeister unterstellt.**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

An der Veranstaltung des „Netzwerkes gegen Ausbeutung in der Prostitution“ am 28. April im Marburger Rathaus konnte ich aufgrund anderer Verpflichtungen nicht teilnehmen. Mein Büro war dennoch vertreten, denn meine persönliche Referentin, Frau Bohnke, hat die Veranstaltung besucht. Auch der

Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer nahm an der Veranstaltung teil. Beide haben mich über den Verlauf der Veranstaltung informiert. Und es ist sehr wohl mit der Würde des Amtes als Oberbürgermeister zu vereinbaren, Mitarbeitern zu vertrauen sowie dem Wort des Stadtverordnetenvorstehers.

Den Brief, der keineswegs ein „öffentlicher“ war, sondern an Adressaten gerichtet wie an Vertreterinnen und Vertreter des Netzwerkes, die Vorsitzenden der im Stadtparlament vertretenen Fraktionen, der Beratungsstelle FIM, habe ich geschrieben, weil mir als Oberbürgermeister und als Privatperson das Thema dieser Veranstaltung sehr wichtig ist. Durch die Einrichtung der Beratungsstelle für „Opfer von Menschenhandel, Selbstständig tätige Personen in der Prostitution“ haben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dies deutlich gemacht.

Darüber habe ich in diesem Schreiben informiert, ebenso über die Begründung der Staatsanwaltschaft, das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Rechtsbeugung einzustellen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.22      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 22 5/2007)  
Vorlage: VO/1408/2007**

**Ist es möglich, in der Sudetenstraße in Höhe der Hausnummern 32 bis 34 zunächst den Sand im dortigen Sandkasten zu erneuern und später weitere Spielgeräte aufzustellen, damit die etwa 30 Kinder der Straße eine Spielmöglichkeit in häuslicher Nähe erhalten?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eigentümer der Fläche Sudetenstraße 32 - 34 ist nicht die Stadt sondern die Wohnungsbaugesellschaft Wohnstadt.

---

**zu 4.23      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 23 5/2007)  
Vorlage: VO/1428/2007**

**Welche Kindertageseinrichtungen können wegen der Sturmschäden nicht die an die Einrichtung angrenzenden Waldgebiete nutzen und wann ist damit zu rechnen, dass alle Einrichtungen wieder ungefährdeten Zugang zum Wald haben?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Frage kann nur allgemein beantwortet werden. Es gilt die allgemeine Aussage des Forstamtes Kirchhain, dass die Aufarbeitung der umsturzgefährdeten Bäume noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. An welcher Stelle welcher Fortschritt dieser Aufräumarbeiten erfolgt, ist von Seiten der Stadt nicht festzustellen. Auf den so genannten Stadtwald II-Flächen, die nicht der Beforstung durch das Forstamt unterliegen, wurden akute Gefährdungspotenziale inzwischen beseitigt.

Die Aufräumarbeiten werden jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Ludwig (MBL) und Severin (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.24 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 24 5/2007)  
Vorlage: VO/1404/2007**

**Kann der Magistrat die Abgänge zu den Bahnsteigen am Ortenbergsteg für Blinde und Sehbehinderte so kennzeichnen, dass auch ortsfremde Nutzer/innen sich gut orientieren können?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Ein Leit- und Informationssystem am Ortenbergsteg für Blinde und Sehbehinderte Nutzer ist vorgesehen. Die Blindenstudienanstalt wurde im Februar 2007 beauftragt, ein Konzept für Braille-Schrift Hinweise an den Handläufen zu entwerfen. Dieses Konzept muss noch mit Vertretern der Blinden am „Runden Tisch“ abgestimmt werden.

---

**zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 25 5/2007)  
Vorlage: VO/1429/2007**

**In der sachlich und fachlich hochwertigen Veranstaltung des Netzwerk gegen Ausbeutung in der Prostitution am 28. 4. wurden u. a. von Kriminalhauptkommissar Paulus in seiner Analyse über das Rotlichtmilieu folgende Feststellungen getroffen „dieses Milieu bildet einen Staat im Staate, in dem Recht und Gesetz nicht gelten ... es knüpft enge Netze mit Entscheidungsträgern ... der neue Trend in der Prostitution ist heute der Wellness-Bereich“.**

**Inwieweit treffen diese Analysen auch auf Marburg zu, wofür es ja deutliche Anzeichen gibt?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es liegt bisher kein gesicherter Nachweis vor, dass die Analyse des Kriminalhauptkommissar Paulus auch für Marburg zutrifft. Leider reichen Analysen über allgemeine Trends für konkrete Rechtsverfahren nicht aus.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Hussein (SPD) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.26 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 26 5/2007)  
Vorlage: VO/1409/2007**

**Warum gibt es bei der neuen Treppe zur Elisabethkirche keine Rampe für Rollstühle oder Kinderwagen und wie ist der behindertengerechte Zugang zur Elisabethkirche gesichert?**

Es antwortet Bürgmeister Dr. Kahle:

Der behindertengerechte Zugang zur Elisabethkirche ist im Bereich des Kiosks gegeben. Die Situation an der Treppe ist zu steil, so dass eine Rampe dort nicht realisiert werden konnte.

Die Zugänglichkeit zur und in die Elisabethkirche wurde im Runden Tisch des Behindertenbeirates vorgestellt und abgestimmt.

Um die Zugänglichkeit in die Kirche zu erreichen, wurde die Schwelle des Hauptportals abgesenkt, so dass Behinderte ohne fremde Hilfe in die Kirche gelangen können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.27 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 27 5/2007)  
Vorlage: VO/1414/2007**

**In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften vom 19.04.2007 wurde die Frage erörtert, ob das Altpapier in der Oberstadt in den Abendstunden abgeholt werden kann. Inwieweit ist der Magistrat tätig geworden?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Aufgrund der in der nahen Vergangenheit aufgetretenen Brandstiftungen an Altpapiergefäßen in der Oberstadt und der daraus resultierenden Gefahren für die Bewohnerinnen und Bewohner wurde darüber diskutiert, die Abholzeiten so zu ändern, dass das einzusammelnde Altpapier erst am Abfuhrtag bereit gestellt wird. Dies kann das Risiko von Brandstiftungen deutlich reduzieren.

Bei der Thematik sind aber die besonderen Rahmenbedingungen der Oberstadt zu beachten. Dies sind der im Laufe des Vormittags deutlich zunehmende Lieferverkehr sowie die Außenbestuhlung durch die Gastronomiebetriebe, die ab ca. 11.00 Uhr bis in den Abend hinein die Möglichkeiten der Einsammlung mit einem Müllfahrzeug erheblich einschränken.

Auf dieser Grundlage wurden für die Papiersammlung in der Oberstadt zwei Lösungsansätze gefunden.

Das lose an verschiedenen Abholpunkten gesammelte gewerbliche Altpapier wird durch die Entsorgungsfirma am Sammeltag in der Zeit nach 10.00 Uhr abgeholt. Dies ermöglicht den Gewerbetreibenden der Oberstadt, das Altpapier erst



morgens am Sammeltag bereit zu legen.

Der DBM wird die Leerung der hoheitlichen Altpapiergefäße am Abfuhrtag in der Oberstadt erst ab 08.00 Uhr beginnen, so dass die Hauseigentümer morgens die Möglichkeit haben, die Gefäße entsprechend der Satzung erst am Abfuhrtag rauszustellen. Ein späterer Beginn der Leerung erscheint nicht zielführend, da die Sammlung in der Oberstadt ca. 2,5 bis 3 Stunden in Anspruch nimmt und dann der Lieferverkehr ebenso wie die Fußgänger und die Benutzer der Außenbestuhlungen durch das Sammelfahrzeug stark beeinträchtigt werden.

---

zu 5

**Haushalt 2007**

**hier: Erlass der I. Nachtragshaushaltsatzung 2007 gem. § 98 HGO**

**Vorlage: VO/1348/2007**

Der Oberbürgermeister erläutert die erste Nachtragshaushaltssatzung 2007 und bringt damit den Nachtragshaushalt ins parlamentarische Verfahren ein.

Anschließend beantragt der Stadtverordnete Dr. Wulff (CDU) die Überweisung der Vorlage an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung.

Dagegen wird nicht gesprochen. Folglich wird die Vorlage an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

---

zu 6

**Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

---

zu 6.1

**Antrag des KiJuPa betr. Fußballplatz der Otto-Ubbelohde-Schule**

**Vorlage: VO/1302/2007**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden ergänzten Beschluss zu fassen:

Der gesamte Zaun und die Mauer (Richtung tegut) am Fussballplatz der Otto-Ubbelohde-Schule soll mit einem Netz versehen werden. Hierbei ist die Stellungnahme des Fachdienstes Schule zu berücksichtigen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der gesamte Zaun und die Mauer (Richtung tegut) am Fussballplatz der Otto-Ubbelohde-Schule soll mit einem Netz versehen werden. Hierbei ist die Stellungnahme des Fachdienstes Schule zu berücksichtigen.**

---

**zu 7 Besetzung des Ortsgerichts Marburg III (Dagobertshausen, Marbach, Michelbach)**  
**Vorlage: VO/1295/2007**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Metz (Marburger Linke). Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung nur die bereits in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschläge vor. Eine geheime Abstimmung wurde im Wahlvorbereitungsausschuss nicht beantragt. Der Ausschuss empfiehlt somit der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlen aufgrund der in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschläge offen durch Handzeichen durchzuführen.

Aus der Stadtverordnetenversammlung wird dem offenen Abstimmungsverfahren nicht widersprochen. Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Wahlvorschläge alternativ zur Abstimmung.

Der Wahlvorschlag des Ortsbeirats Dagobertshausen, Herrn Friedrich-Karl Schröder, wh. Risberg 4, 35041 Marburg-Dagobertshausen zu wählen wird unterstützt von drei Stadtverordneten der Marburger Linken.

Der Wahlvorschlag des Ortsbeirats Marbach, Frau Ingrid Mertins, wh. Dornbusch 7, 35041 Marburg-Marbach zu wählen wird unterstützt durch die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Bürgerliste und FDP.

Der Wahlvorschlag der CDU-Fraktion, Herrn Hermann Günzel, wh. am Pfaffenwald 9, 35041 Marburg-Dagobertshausen wird unterstützt durch die Stadtverordneten der CDU-Fraktion.

**Der Stadtverordnetenvorsteher stellt somit fest, dass die Bewerberin Frau Ingrid Mertins, wh. Dornbusch 7, 35041 Marburg-Marbach mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zur Ortsgerichtsvorsteherin für das Ortsgericht Marburg III (Dagobertshausen, Marbach, Michelbach) gewählt wurde.**

---

**zu 8 Besetzung des Schiedsamtes Marburg I (Kernstadt westlich und Wehrda)**  
**Vorlage: VO/1359/2007**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Metz (Marburger Linke). Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung lediglich die in der Vorlage bereits ausgedruckten Wahlvorschläge vor. Geheime Abstimmung wurde im Wahlvorbereitungsausschuss nicht gewünscht. Der Wahlvorbereitungsausschuss hat somit den Beschluss gefasst, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, die Wahlen offen durch Handzeichen aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge durchzuführen.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird keine geheime Wahl gewünscht. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst die Wahl der Schiedsperson durchführen. Der in der Vorlage ausgedruckte Wahlvorschlag der CDU-Fraktion, Herrn Stephan Heckmann, wh. Schlosssteig 5, 35037 Marburg

wieder in das Amt zu wählen wird unterstützt von allen Stadtverordneten.

**Damit ist der Bewerber Herr Stephan Heckmann, wh. Schloßsteig 5, 35037 Marburg mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten so zur Schiedsperson für den Schiedsbezirk Marburg I (Kernstadt westlich und Wehrda) gewählt.**

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher die Wahl der stellvertretenden Schiedsperson durchführen. Zur Wahl steht gemäß dem Wahlvorschlag der Marburger Bürgerliste Herr Olaf Steffes, wh. Ockershäuser Allee 7, 35037 Marburg.

Dieser Wahlvorschlag wird aus dem Hause unterstützt von allen Stadtverordneten.

**Somit stellt der Stadtverordnetenvorsteher fest, dass Herr Olaf Steffes, wh. Ockershäuser Allee 7, 35037 Marburg zur stellv. Schiedsperson für den Schiedsbezirk Marburg I (Kernstadt westlich und Wehrda) gewählt wurde.**

---

zu 9

**Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Offenlage des Bebauungsplanes Nr. 18/8, 3. Änderung, Rentmeisterstraße  
im Stadtteil Cappel  
Vorlage: VO/1342/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Offenlage gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) des Bebauungsplanes Nr. 18/8, 3. Änderung, für den Bereich „Rentmeisterstraße“ im Stadtteil Cappel, wird beschlossen.**

---

zu 10

**Änderung der Bürgerschaft zugunsten des VfB 1905 Marburg e.V.  
Vorlage: VO/1343/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- 1. Die von der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2005 beschlossene Bürgerschaft zugunsten des VfB 1905 Marburg e.V. über 500.000 EUR wird auf 350.000 EUR abgesenkt.**

2. **Im Übrigen bleiben die Inhalte des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Erteilung einer Bürgerschaft zugunsten des VfB 1905 Marburg e.V. vom 16. Dezember 2005 unberührt.**

---

**zu 11 Verlustausgleich Fachdienst Städtische Bäder  
Vorlage: VO/1363/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Beschlusstenor der Vorlage dahingehend verändert, dass der Betrag des Verlustausgleiches mit aufgenommen wird. Somit lautet der Beschlusstenor wie folgt:

Die Stadt Marburg gleicht den Verlust des Fachdienstes Bäder aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2006 in Höhe von ca. 120.000 € aus Mitteln im Haushaltsjahr 2007 aus.

Hierzu hat der Oberbürgermeister ergänzend hinzugefügt, dass sich der Magistrat auch darauf verständigt hat, dass von diesem Betrag bis zu 10 % nach oben abgewichen werden kann.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der so geänderten Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Marburg gleicht den Verlust des Fachdienstes Bäder aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2006 in Höhe von ca. 120.000 € aus Mitteln im Haushaltsjahr 2007 aus.**

---

**zu 12 Dringlichkeitsanträge**

Keine Vorlagen.

---

**zu 13 Anträge der Fraktionen**

---

**zu 13.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung einer Jugendkulturcard  
Vorlage: VO/1074/2007**

Die Vorlage ist vom Schul- und Kulturausschuss, Sozialausschuss und Haupt- und Finanzausschuss an das Kinder- und Jugendparlament zur Beratung überwiesen worden.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich diesem Votum an und überweist die Vorlage an das Kinder- und Jugendparlament.

---

**zu 13.2     Antrag der MBL-Fraktion betr. Zusammenfassung musealer Einrichtungen der Philipps-Universität Marburg zu einem Kulturzentrum Nordstadt  
Vorlage: VO/1107/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Beschlusstext dieses Antrages ist im Schul- und Kulturausschuss nach ausgiebiger Beratung wie folgt abgeändert worden:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, in Absprache mit der Universität und ggf. der Landesregierung zu prüfen, ob die musealen Einrichtungen der Philipps-Universität zu einem Kulturzentrum Nordstadt oder an anderen Stadtorten in frei gewordenen Klinikgebäuden zusammengefasst werden können.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Die Aussprache wurde nachträglich angemeldet. Es spricht der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, in Absprache mit der Universität und ggf. der Landesregierung zu prüfen, ob die musealen Einrichtungen der Philipps-Universität zu einem Kulturzentrum Nordstadt oder an anderen Stadtorten in frei gewordenen Klinikgebäuden zusammengefasst werden können.**

---

**zu 13.3     Antrag der CDU-Fraktion betr. Nothelfer-Hinweise  
Vorlage: VO/1162/2007**

Die Vorlage ist vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden. Sie soll zunächst im Kinder- und Jugendparlament beraten werden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an das Kinder- und Jugendparlament.

---

**zu 13.4     Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Kultur-Karte  
Vorlage: VO/1203/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde nachträglich angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) und die Stadtverordnete Dr. Röder (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln, wie das vorhandene kulturelle Angebot der Stadt besser von Einheimischen und auswärtigen Besuchern genutzt werden kann und zu prüfen, ob dazu eine Kultur-Karte in Kooperation mit der Universität eingeführt werden sollte, die den Besuch von sonst leider nur schwer zugänglichen Schätzen Marburgs erleichtern könnte.**

---

**zu 13.5     Antrag der MBL-Fraktion betr. Errichtung einer Biogasanlage  
Vorlage: VO/1278/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Die Vorlage ist auch im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Musket (SPD) und Prof. Dr. Dingeldein (FDP). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der MBL und Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linke, bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Um 18:49 Uhr hat der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.**

---

**zu 13.6     Antrag der MBL-Fraktion betr. Motorradrennen im Kaufpark Wehrda am 8.  
und 9. April 2007  
Vorlage: VO/1279/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen. Ferner würde gewünscht, dass die im Antragstenor genannten Fragen vom Magistrat bis zur Sitzung des Ältestenrates beantwortet werden. Dies hat Oberbürgermeister Vaupel zugesagt und ist auch inzwischen erfolgt.

Aussprache wurde im Haupt- und Finanzausschuss angemeldet.

Für die Antragsteller spricht der Stadtverordnete Ludwig (MBL). Er erklärt, dass der Antrag nach Vorliegen der erbetenen Auskünfte erledigt ist.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

**zu 13.7 Antrag der MBL-Fraktion betr. MTV Campus Invasion, Veranstaltung am 16. Juni 2007 im Uni-Stadion**  
**Vorlage: VO/1280/2007**

Der Antrag wurde im Schul- und Kulturausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten und dort anschließend für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

**zu 13.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung der Sperrung der Barfüßerstraße für den Autoverkehr an Samstagen**  
**Vorlage: VO/1284/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde nachträglich angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Metz (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), sowie Oberbürgermeister Vaupel für den Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linken, gegen die Stimmen der FDP und der MBL folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert , den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.06.02 mit dem Tenor : „Der Magistrat wird aufgefordert, Barfüßerstraße und Marktgasse an Samstagen von 10-16 h für den Autoverkehr zu sperren und entsprechende Kontrollen durchzuführen" nunmehr möglichst umgehend umzusetzen.**

---

**zu 13.9 Antrag der FDP-Fraktion betr. Platzsharing für Mittagsbetreuung in städtischen Kindergärten**  
**Vorlage: VO/1285/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragtenor ist im Sozialausschuss wie folgt abgeändert worden:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie in den Marburger Kindergärten, die Mittagessen anbieten, die Möglichkeit eines Platzsharings für das Mittagessen realisiert werden kann. Hierzu soll der Bedarf ermittelt werden.

Der Fachausschuss des Jugendhilfeausschusses wird um Stellungnahme gebeten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie in den Marburger Kindergärten, die Mittagessen anbieten, die Möglichkeit eines Platzsharings für das Mittagessen realisiert werden kann. Hierzu soll der Bedarf ermittelt werden.**

**Der Fachausschuss des Jugendhilfeausschusses wird um Stellungnahme gebeten.**

---

**zu 13.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neueinrichtung von Moscheen und Islamischen Kulturzentren  
Vorlage: VO/1289/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung dieses Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Auch dieser Ausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Im Rahmen der Debatte sprechen für den Magistrat der Oberbürgermeister, sowie die Stadtverordneten Stompfe (CDU), Gottschaldt (Marburger Linke), Becker (SPD), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Pfalz (CDU), Hussein (SPD), Metz (Marburger Linke), Wölk (SPD), Stompfe (CDU), Acker (SPD) und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die CDU-Fraktion beantragt Einzelabstimmung über die drei Absätze des Beschlusstextes.

Beschlussfassung über den ersten Absatz:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU und MBL, bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

**Der erste Absatz des Antrages wird abgelehnt.**

Beschlussfassung zum zweiten Absatz:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU und MBL und bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP folgenden Beschluss:



**Der zweite Absatz des Beschlusstextes wird abgelehnt.**

Beschlussfassung zum dritten Absatz des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP und bei Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

**Der dritte Absatz wird abgelehnt.**

---

**zu 13.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. EU-Verordnung für öffentliche Personenverkehrsdienste**  
**Vorlage: VO/1290/2007**

Der Stadtverordnete Metz stellt für die antragstellende Fraktion den Antrag zurück bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

---

**zu 13.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Freiwilliger Polizeidienst**  
**Vorlage: VO/1298/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde nachträglich angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Pfalz (CDU), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen), Wölk (SPD) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP, sowie bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Während der Aussprache hat von 21:25 Uhr bis 21:35 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ludwig (MBL) die Sitzungsleitung übernommen.**

---

**zu 13.13 Antrag der CDU-Fraktion betr. Jugendschutz**  
**Vorlage: VO/1300/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext wurde im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

1. Der Magistrat der Stadt Marburg soll darüber berichten,

- wie das Ordnungsamt Schwerpunktprüfungen in einschlägigen Betrieben, Gastronomien und Tankstellen -inkl. Umfeld- durchführt, um zu prüfen, wie konsequent die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes umgesetzt wird;
- wie das Ordnungsamt in den Gastronomien überprüft, ob und wie viel nichtalkoholische Getränke günstiger sind als alkoholische;
- welche Präventionsmaßnahmen für einen kontrollierten Umgang mit Alkohol durch die Jugendhilfe erfolgen und ob an eine Ausweitung dieser Maßnahmen gedacht ist.

2. Der Magistrat wird darüber hinaus aufgefordert,

- ein Konzept zur Erhöhung der städtischen Bußgelder bei Zuwiderhandlungen gegen das Abgabeverbot von Alkoholika an Jugendliche gemäß dem Jugendschutzgesetz zu entwickeln, das auch vorsieht, die Bußgelder gezielt für präventive Maßnahmen einzusetzen;
- alle Marburger Gastronomiebetreiber und die Vereine, die Feste veranstalten, für eine Selbstverpflichtung zu gewinnen, Angebote in der Art von 1-Euro-Parties, "Flatratesaufen", allyoucandrink-Parties u.ä. zu unterlassen, um Alkoholexzessen vor allem von Jugendlichen entgegen zu wirken.

Die so geänderte Antragsfassung empfiehlt der Sozialausschuss zur Annahme.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Sozialausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Annahme des geänderten Antragstextes.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**1. Der Magistrat der Stadt Marburg soll darüber berichten,**

- **wie das Ordnungsamt Schwerpunktprüfungen in einschlägigen Betrieben, Gastronomien und Tankstellen -inkl. Umfeld- durchführt, um zu prüfen, wie konsequent die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes umgesetzt wird;**
- **wie das Ordnungsamt in den Gastronomien überprüft, ob und wie viel nichtalkoholische Getränke günstiger sind als alkoholische;**
- **welche Präventionsmaßnahmen für einen kontrollierten Umgang mit Alkohol durch die Jugendhilfe erfolgen und ob an eine Ausweitung dieser Maßnahmen gedacht ist.**

**2. Der Magistrat wird darüber hinaus aufgefordert,**

- **ein Konzept zur Erhöhung der städtischen Bußgelder bei Zuwiderhandlungen gegen das Abgabeverbot von Alkoholika an Jugendliche gemäß dem Jugendschutzgesetz zu entwickeln, das auch vorsieht, die Bußgelder gezielt für präventive Maßnahmen einzusetzen;**
- **alle Marburger Gastronomiebetreiber und die Vereine, die Feste veranstalten, für eine Selbstverpflichtung zu gewinnen, Angebote in der Art von 1-Euro-Parties, "Flatratesaufen", allyoucandrink-**

**Parties u.ä. zu unterlassen, um Alkoholexzessen vor allem von Jugendlichen entgegen zu wirken.**

---

**zu 13.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH  
Vorlage: VO/1321/2007**

Die Antragsteller stellen die Vorlage zurück bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

---

**zu 13.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Tonbandwerbung  
Vorlage: VO/1330/2007**

Die Antragsteller stellen die Vorlage zurück bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

---

**zu 13.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Saubere Stadt  
Vorlage: VO/1352/2007**

Der Antrag wurde bereits im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung, in der der Nachtragshaushalt 2007 beraten wird.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

**zu 13.17 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Selbstverpflichtung aus der Mitgliedschaft im Klimabündnis, hier: Klimaschutzbeauftragte/r  
Vorlage: VO/1356/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Antragstext wurde im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

1. Beim Magistrat der Stadt Marburg wird beim Umweltamt ein(e) Klimaschutzbeauftragte(r) benannt.
2. Die Stelle ist aus den vorhandenen Stellenkontingenten zu bilden.
3. Notwendige Fortbildungsmaßnahmen werden veranlasst.
4. Der/Die Klimaschutzbeauftragte arbeitet eng mit den bereits in dieser Richtung tätigen Stellen, wie beispielsweise den Energiebeauftragten/-beratern der Stadt, den Stadtwerken sowie mit dem Bauamt zusammen.

Sodann wurde im Umweltausschuss über die geänderte Fassung und über den Originalantrag getrennt abgestimmt. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der

geänderten Fassung und die Ablehnung des Originalantrages der Marburger Linken.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum aus dem Umweltausschuss angeschlossen und der Stadtverordnetenversammlung die gleiche Empfehlung gegeben.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung wird über die beiden Antragsfassungen getrennt abgestimmt.

Abstimmung über den Originalantrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Abstimmung über die geänderte Antragsfassung::

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Beim Magistrat der Stadt Marburg wird beim Umweltamt ein(e) Klimaschutzbeauftragte(r) benannt.**
2. **Die Stelle ist aus den vorhandenen Stellenkontingenten zu bilden.**
3. **Notwendige Fortbildungsmaßnahmen werden veranlasst.**
4. **Der/Die Klimaschutzbeauftragte arbeitet eng mit den bereits in dieser Richtung tätigen Stellen, wie beispielsweise den Energiebeauftragten/-beratern der Stadt, den Stadtwerken sowie mit dem Bauamt zusammen.**

---

**zu 13.18 Antrag der MBL-Fraktion betr. Bericht über die Altenheim Einrichtung St. Jakob**  
**Vorlage: VO/1364/2007**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und an den Ältestenrat überwiesen. Stadträtin Dr. Weinbach hat im Haupt- und Finanzausschuss zugesagt, die im Antrag aufgeworfenen Fragen schriftlich bis zur Sitzung des Ältestenrates am 31.05.2007 zu beantworten. Dies ist erfolgt. Damit wird der Antrag von den Antragstellern für erledigt erklärt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

**zu 13.19 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Polizeirazzien gegen G-8 Gegner**  
**Vorlage: VO/1365/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Pfalz (CDU). In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss hat die CDU-Fraktion Nichtbefassung mit diesem Antrag beantragt. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Ansonsten empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff (CDU) meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt, die Stadtverordnetenversammlung möge Nichtbefassung zu dieser Vorlage beschließen und begründet dies. Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, FDP und MBL gegen die Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Marburger Linken folgenden Beschluss:

**Der Antrag auf Nichtbefassung wird abgelehnt.**

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FDP), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Wulff (CDU). Die Stadtverordnete Dorn hat im Rahmen ihres Wortbeitrages aus dem ersten Satz des Antragstextes das Wort "willkürlichen" gestrichen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nichtbeteiligung der CDU-Fraktion an dieser Abstimmung mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg verurteilt die unverhältnismäßigen Polizeirazzien gegen G-8 Gegner.**
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg fordert, dass friedliche G8-Gegner ihren demokratisch-legitimen Protest weiter organisieren und durchführen können, ohne dass sie kriminalisiert oder gezielt eingeschüchtert werden.**
- 3. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg begrüßt hierzu die breite soziale Bewegung von Marburger Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine gerechte Globalisierung und für eine demokratische Weltordnung einsetzen.**

---

**zu 13.20 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkehrsberuhigung in Cappel  
Vorlage: VO/1367/2007**

Zu diesem Antrag liegt noch kein Votum des Fachausschusses (Umweltausschuss) vor. Die Vorlage soll außerdem dem Ortsbeirat Cappel zur Stellungnahme zugeleitet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück. Sie ist zunächst im Umweltausschuss zu beraten und an den Ortsbeirat zur Stellungnahme zu überweisen.

---

**zu 13.21 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Rückkehr der Marburger**

**Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH in den  
Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen (KAV Hessen)  
Vorlage: VO/1369/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet. Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Metz (Marburger Linke), Dr. Wulff (CDU), für den Magistrat Stadträtin Dr. Weinbach, sowie die Stadtverordneten Severin (SPD), Metz (Marburger Linke), Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Dr. Weinbach.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Marburger Linken, Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen und bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

---

**zu 13.22 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Einheitliche Gebühren  
für Kinderbetreuung  
Vorlage: VO/1374/2007**

Der Antrag ist vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden, da er noch nicht im Sozialausschuss beraten werden konnte. Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

**zu 14 Kenntnismnahmen**

---

**zu 14.1 Genehmigung des Haushaltes 2007  
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen  
Vorlage: VO/1210/2007**

Die Vorlage wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 14.2 "Sonderprojekt Bauunterhaltung 2007".

Zu diesen Vorlagen wurde bereits in der vergangenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Aussprache gewünscht. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Wulff (CDU), Metz (Marburger Linke), Becker (SPD) und für den Magistrat Oberbürgermeister Vaupel.

**Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**

---

**zu 14.2 Sonderprojekt Bauunterhaltung 2007  
Vorlage: VO/1270/2007**

Die Vorlage wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 14.1 "Genehmigung des Haushaltes 2007".

**Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**

---

**zu 14.3 Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG): Ausbau  
Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren (U3)  
Vorlage: VO/1276/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

**zu 14.4 Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Förderung des Nichtrauchens bei  
der Stadtverwaltung Marburg  
Vorlage: VO/1336/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

**zu 15 Große Anfragen der Fraktionen**

---

**zu 15.1 Große Anfrage der MBL-Fraktion betr. Sturmschäden  
Vorlage: VO/1200/2007**

Für die Fragesteller spricht der Stadtverordnete Ludwig (MBL).

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

---

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Becker  
Vorsitzender  
der SPD-Fraktion

Stompfe  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle